

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz

**18/2304**  
**VORLAGE**

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit  
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des  
Ausschusses für Wissenschaft  
Frau Marion Schneid, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

**DER MINISTER**

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-29 57  
clemens.hoch@mwg.rlp.de  
www.mwg.rlp.de

21. Juli 2022

Mein Aktenzeichen  
0102-0005#2022/0003-  
1501 MB  
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Lucas Muth  
Lucas.Muth@mwg.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-2871  
06131 16-2957

**6. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 03.03.2022**  
**TOP 2: Abwanderungssaldo bei Studienanfängerzahlen und Uni-Absolventen**  
**hier: Sprechvermerk**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in der 6. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 03.03.2022 zugesagt,  
übermittele ich Ihnen als Anlage den Sprechvermerk zum o.g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen



Clemens Hoch

**Ausschuss für Wissenschaft am 03. März 2022**

**Vorlage 18/1364; Antrag der Fraktionen der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT**

**Betreff: „Abwanderungssaldo bei Studienanfängerzahlen und Uni-Absolventen“**

## **SPRECHVERMERK**

Anrede,

Sie bitten uns um die Einschätzung der Binnenmigration von Studierenden bei der Wahl ihres Studienortes und ihres gewünschten Eintritts ins Berufsleben. Ich möchte diese beiden Zahlen zunächst differenziert betrachten – auch wenn beide im Kern auf dasselbe Thema zielen: die Sicherung akademischer Fachkräfte in unserem Land. Wir beobachten, dass im vierten Jahr in Folge die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger bundesweit sinkt. Die Gründe dafür liegen im demographischen Wandel und in den letzten beiden Jahren auch in der Corona-Pandemie, die nun schon zwei Jahrgängen von Schulabgängerinnen und -abgängern den Start in Studium oder in die Ausbildung deutlich erschwert hat.

Darüber hinaus entwickelt sich seit dem Studienjahr 2014/15 das Studierendenwanderungssaldo für Rheinland-Pfalz negativ. Wir sehen, dass es Studierende mehr in die Nachbarländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zieht, sowie nach Thüringen und Berlin.

In Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen gibt es die Möglichkeit, an Exzellenz-Universitäten zu studieren und in Metropolen zu wohnen – dies erklärt auch die hohe Attraktivität Berlins –, während unser Land sehr ländlich geprägt ist. Darüber hinaus steigt bundesweit die Tendenz, an privaten Hochschulen zu studieren. So waren beispielsweise 2021 an der IUBH mit Sitz in Thüringen über 75.000 Studierende eingeschrieben, was sie zur größten Hochschule Deutschlands macht, aber nicht unbedingt eine räumliche Veränderung für die Studierenden bedeutet.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat die Landesregierung die Herausforderung, die die Gesamtentwicklung der Studierendenzahlen darstellt, erkannt und verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Wir wollen Rheinland-Pfalz für Studieninteressierte attraktiv machen und auch für unseren Arbeitsmarkt binden:

Zum einen verfolgen wir konsequent das Konzept der „Offenen Hochschule“. Unser Land gehört seit Jahren zu den Spitzenreitern der höchsten Durchlässigkeit im Bildungssystem und dem, prozentual höchsten Anteil an Studierenden ohne klassische Zugangsberechtigung. Über den Hochschulpakt 2020 wurden Beratungs- und Unterstützungsangebote finanziert und durch die letzte Reform des Hochschulgesetzes der Hochschulzugang weiter erleichtert. Unsere Hochschulen entwickeln flexible Studienformate, um einer heterogenen Studierendenschaft das Studium und die akademische Weiterbildung zu ermöglichen.

Insbesondere Letzteres verfolgt das Ziel, Berufstätige praxisorientiert und berufsbegeleitend auf Hochschulniveau weiter zu qualifizieren ohne dabei von einem absolvierten Erststudium oder einer klassischen Hochschulzugangsberechtigung abhängig zu sein.

Zum anderen gehört zur Attraktivität eines Studienstandorts die hohe Qualität von Studium und Lehre – mit einer guten Betreuungsrelation, sowie forschungs- und anwendungsbezogenen Studienmodellen. Im Rahmen des Hochschulpakts 2020 und des Qualitätspakts Lehre haben die Hochschulen unseres Landes die größten Anstrengungen unternommen, die Lehr- und Studienqualität in allen Dimensionen zu verbessern und Studierende in allen Phasen ihres Studiums zu unterstützen. Allein im Hochschulpakt wurden von 2011 bis 2020 fast 60 Millionen Euro für entsprechende Projekte von den Hochschulen eingesetzt.

Die ergriffenen Maßnahmen brauchen Zeit, da die Binnenmigration von Studierenden langfristigen Trends folgt. Daher werden die Maßnahmen im Rahmen der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre Rheinland-Pfalz weitergeführt. Die drei großen Ziele sind die konsequente Weiterführung des Konzepts der Offenen Hochschule, die Förderung der Qualität in Studium und Lehre, und nicht zuletzt die Förderung von guter Arbeit und guten Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen des Landes. Hierzu sind Mittel und Stellen in großem Umfang verstetigt und neu geschaffen worden.

Anrede,

kommen wir zu dem Wanderungssaldo unserer Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Im Rahmen der Studienreihe „Fachkraft 2030“ wurde in einer Online-Umfrage der Universität Maastricht und des Arbeitsvermittlungsportals Jobvalley die Frage gestellt, in welcher Stadt bzw. welchem Bezirk und in welchem Bundesland die Studierenden nach ihrem Abschluss arbeiten möchten. Die daraus resultierenden Antworten wurden anschließend mit dem aktuellen Studienort abgeglichen.

Da diese Online-Umfrage regelmäßig durchgeführt wird, nehmen wir auch regelmäßig Stellung zu Ergebnissen. Lassen Sie mich bitte eines vorausschicken: Ob die ermittelten Wanderungsbewegungen der Realität entsprechen, lässt sich auf Grund der amtlichen Statistik nicht nachprüfen, da in dieser nur Wanderungsbewegungen von Studierenden nachvollzogen werden können – hierzu haben wir gerade gesprochen – aber nicht von Absolventinnen und Absolventen. Die zitierte Umfrage gibt auch keine Gründe für die Abwanderungswünsche von Studierenden an und wir wissen leider auch nicht, ob es sich um Studierende vor ihrem Abschluss handelt, die sich bereits ernsthaft mit dem Einstieg in das Berufsleben befasst haben, oder um zukunftsferne Wünsche und Idealvorstellungen.

Betrachtet man die Städte genauer, die in der Studie als beliebteste Arbeitsorte genannt werden, liegt der Eindruck nah, dass es sich um die Großunternehmen in den

benachbarten Ballungsräumen Köln/Bonn, dem Rhein-Main-Gebiet und der Rhein-Neckar Region handelt.

Düsseldorf, Frankfurt, Köln und Stuttgart sind hier die Spitzenreiter, während die kleineren und mittleren Unternehmen, die Rheinland-Pfalz prägen und teilweise auf ihrem Gebiet Weltmarktführer sind, den meisten Studierenden vermutlich noch nicht namentlich oder geografisch bekannt sind.

Dennoch nehmen wir das Ergebnis ernst, da wir – wie einleitend gesagt – die Bindung von Studieninteressierten an unsere Hochschulen und unseren Arbeitsmarkt als strategisch zusammenhängend betrachten und unsere Fachkräfte langfristig im Land sichern wollen.

Daher zielen die Maßnahmen, die ich Ihnen vorhin bereits skizziert habe, auch auf die Bindung unserer Absolventinnen und Absolventen ab. So gehört zum Konzept der Hochschule zum Beispiel auch der Ausbau des Dualen Studiums. Hier finden sich mittlerweile in 85 Studiengängen Studierende und Unternehmen von Anfang an. Auch die Förderung von berufs begleitenden und berufsintegrierten Studiengängen sowie vielfältigen Formen der akademischen Weiterbildung tragen zur langfristigen Sicherung und Haltung der Fachkräfte bei.

Die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe verfolgen wir mit Nachdruck und werden damit Fachkräfte der Gesundheitsberufe in Rheinland-Pfalz ausbilden. Nicht zuletzt bieten wir als Landesregierung ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur MINT-Förderung an, um auch in diesem zentralen Bereich Begeisterung zu wecken und von der Schule zur Hochschule, von der Hochschule in den Arbeitsmarkt Brücken zu bauen und gute Übergänge zu schaffen.

Anrede,

zu guter Letzt möchten Sie wissen, wann wir von einer positiven Entwicklung sprechen würden. Wir haben als Land in der Verpflichtungserklärung gegenüber dem Bund im Rahmen des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken klare Ziele benannt und mit den Hochschulen des Landes bis zum Jahr 2026 in Zielvereinbarungen umgesetzt. Wir streben an, jährlich 21.000 Studienanfängerinnen und -anfänger aufzunehmen und eine Studierendenzahl von 120.000 zu halten. Übrigens haben wir uns in der Verpflichtungserklärung auch vorgenommen, mit einer Absolventenstudie vertiefte Erklärungszugänge zu unserem Hochschulsystem zu erschließen – und damit wissen wir in drei Jahren hoffentlich mehr als die Studie der Universität Maastricht darüber, wie sich der Übergang in den Arbeitsmarkt für unsere Absolventinnen und Absolventen gestaltet.